



***Nachhaltiges Wirtschaften,
ökologischen Umbau und
Beschäftigung fördern in
sozialer Verantwortung***

***- neue Herausforderungen
und Perspektiven für Hamm!***

***Kommunales wirtschafts- und
beschäftigungspolitisches
Programm zur***

Kommunalwahl 1999

Alles wird grün!

***BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN***



1. Stadt Hamm im Strukturwandel - wohin geht die Entwicklung?

Mit rund 52.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist der Arbeitsmarkt wieder auf den Stand von 1986 zurückgefallen. Nach einem Anstieg Anfang der 90 er Jahre ist seit 1992 der Beschäftigungsstand kontinuierlich gesunken. Die Verluste finden sich vor allem im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe. Stellenabbau und Standortwechsel, z.B. Hella, Kabel Michels, MHP u.a., stehen beispielhaft für den Strukturwandel der Stadt Hamm.

Strukturelle Veränderungen hin zur Dienstleistungsgesellschaft haben die Arbeitsplatzverluste nicht ausgleichen können. Ein durch niedrige Kaufkraft bedingter rückläufiger Einzelhandel und die hohen Rationalisierungseffekte in den Büroberufen aufgrund der Einführung modernster Informations- und Telekommunikationstechnologien haben selbst im Dienstleistungssektor zu Beschäftigungsverlusten geführt.

Der Beschäftigungsrückgang nimmt zu. Inzwischen ist ein Defizit von über 12.000 Arbeitsplätzen in Hamm entstanden. Trotz positiver konjunktureller Entwicklung bewegt sich die Zahl der arbeitslosen Menschen in unserer Stadt auf neuen Höchstwerten. Die Zahl der Menschen, die bereits seit über einem Jahr arbeitslos sind, ist besonders gewachsen. Der Anteil der langzeitarbeitslosen Menschen an den Arbeitslosen beträgt inzwischen über 40 %. Überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind Frauen und junge Menschen. Durch die Kürzungen im Etat der Bundesanstalt für Arbeit durch die Kohl-Regierung befanden sich in den letzten Jahren immer weniger Personen in Fort- und Umschulungsmaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das sogenannte Arbeitsförderungsreformgesetz (AFRG) und vorhergehende Einschränkungen haben weitere arbeitslose Menschen aus der Arbeitslosenversicherung herausgedrängt. Der Bund hat die Krisenkosten der Arbeitslosigkeit den Betroffenen selbst und den Kommunen aufgedrückt. Explodierende Sozialhilfekosten der Städte und wachsende Armut der Menschen sind die unmittelbaren Folgen.

**12.000 Arbeitsplätze
fehlen!**

2. Chancen und Grenzen kommunaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Kommunaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verbleibt unter den vom Bund vorgegebenen Rahmenbedingungen nur ein eingeschränkter Handlungsspielraum. 16 Jahre Kohl-Regierung haben auch



Privatisierung ist kein Allheilmittel

im Wirtschaftsstandort Hamm deutliche Spuren hinterlassen. Neben den strukturellen Veränderungen im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe sind mit der Privatisierung von Post und Bahn massive Beschäftigungsverluste einhergegangen. Der Wirtschaftsstandort Hamm, jahrzehntelang ein verkehrspolitisch bedeutender Knotenpunkt im Herzen Europas, läuft Gefahr, infolge der Standortverlagerung - Aufgabe des Rangierbahnhofs ohne alternatives Zukunftskonzept - zur Provinzialität zu verkümmern.

Fehlende Steuereinnahmen und die gewaltigen, durch Arbeitslosigkeit verursachten Sozialhilfekosten schränken die Handlungsmöglichkeiten der Stadt radikal ein. Wirtschaftspolitische Aktivitäten der letzten Zeit beschränken sich weitgehend auf die Hoffnung, durch Privatisierung der Wirtschaftsförderung und viel Engagement in der Unternehmensakquise die beschäftigungsfördernde Erlösung in Form neuansiedelnder Unternehmen von außerhalb herbeizubeten. Bei aller Freude über die wenigen gelungenen Neuansiedlungen - der beschäftigungspolitische Effekt ist, gemessen an dem realen Beschäftigungsrückgang im selben Zeitraum in keinsten Weise ausreichend. Angebracht wäre es allemal, wenn sich die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, anstatt auf die Hilfe von Außen zu bauen, mehr auf die Bedarfe und konkreten Anforderungen der heimischen Unternehmen konzentrierte. Spürbare wirtschafts- und beschäftigungspolitische Verbesserungen sind zwar in erster Linie von neuen bundespolitisch bestimmten Rahmenbedingungen sowie von tarifpolitischen Vereinbarungen abhängig, andererseits bieten sich vor Ort aber immer konkrete Ansatzpunkte, neue Wege einzuschlagen und neue Akzente in der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung zu setzen. Hier sind die Chancen noch längst nicht erkannt und angepackt.

Das Gleiche gilt für die kommunale Arbeitsmarktpolitik. Die durch die Bundespolitik der Kohl-Regierung verursachte Einschränkung der kommunalen Handlungsspielräume zwingt die Stadt Hamm, gezielte beschäftigungspolitische Gegenstrategien zu entwickeln. Soll es aber kein Nullsummenspiel bleiben (Herausdrängen aus der Arbeitslosenversicherung durch Einschränkung des Leistungskatalogs der BA - demgegenüber z.B. Arbeit statt Sozialhilfe, was wiederum zu neuen Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung führt) gilt es, den bei den Kommunen verbleibenden Handlungsspielraum so weit wie möglich zu nutzen und öffentlich geförderte Beschäftigung in tatsächlich nachgefragten und zukunftsrelevanten Beschäftigungsfeldern massiv auszubauen. Der bisher bereitgestellte Arbeitsmarktfonds ist dabei vom Finanzvolumen her lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein und muß gewaltig ausgeweitet werden, um nennenswerte Erfolge zu bringen.

Beschäftigungsfelder entwickeln



3. Nachhaltiges Wirtschaften, ökologischer Umbau und Beschäftigung fördern in sozialer Verantwortung - neue Herausforderungen und Perspektiven für Hamm!

Die Schaffung neuer, zusätzlicher und zukunftsorientierter Arbeitsplätze hängt ab von der Durchsetzung einer ökologischen- sozialen Steuerreform. Arbeit muß billiger und Energieverbrauch teurer werden. Ökologisch-soziale Steuern heißt, umweltfreundliches Verhalten zu belohnen und Beschäftigung zu fördern. Aus dem Aufkommen der Ökosteuer können die Sozialversicherungsbeiträge nachhaltig gesenkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert werden. Die ökologisch-soziale Steuerreform ist ein marktwirtschaftlicher Anreiz, ressourcensparende Verfahren und Produkte zu entwickeln, Wirtschaft und Verbrauch auf nachwachsende Rohstoffe und Recyclingverfahren zu konzentrieren.

Ökologisch-soziales Umsteuern muß aber auch vor Ort erfolgen!

Auch mit dem Titel "Bundeshauptstadt für Natur- und Umweltschutz 1998" ist unsere Stadt von der Realität einer ökologischen Stadt der Zukunft noch meilenweit entfernt. Erste zaghafte Schritte in die richtige Richtung wie z.B. mit dem Aufbau des Öko-Zentrums NRW auf der ehemaligen Zechenbrache Sachsen sind gut gemeint, reichen aber bei weitem nicht aus. Vielmehr muß es Aufgabe der kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sein, die ansässigen Unternehmen dabei zu unterstützen, nachhaltiges Wirtschaften im betrieblichen Alltag ernst zu nehmen, die darin liegenden Chancen zu erkennen und umzusetzen. Auf Dauer werden sich nur zukunftsfähige Verfahren, Produkte und Dienstleistungen am Markt behaupten können.

In einem lokalen Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Umwelt müssen nachhaltige und neue Wege beschritten werden. Alle gesellschaftlichen Gruppen - von den Parteien über die Gewerkschaften und Arbeitgeber bis hin zu den Kirchen müssen mehr Verantwortung zur gerechten Verteilung vorhandener Arbeit übernehmen. Wir brauchen verbindliche Vereinbarungen über konkrete beschäftigungsfördernde Maßnahmen. Wer JA sagt zum Bündnis für Arbeit muß auch bereit sein, "über seinen Schatten zu springen", starre Positionen zu überdenken und neu zu bestimmen und auf die anderen Partner zuzugehen. Das Potential zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigung ist groß, und noch nicht im Geringsten ausgeschöpft. Konkrete Vereinbarungen zu Themen wie: neue flexible Arbeitszeitregelungen, Arbeitszeitverkürzung, Abbau der

Umsteuern vor Ort!

Zukunft heißt nachhaltig wirtschaften

Arbeit gerechter verteilen



Überstunden, bessere Nutzung betrieblicher Ressourcen in Kooperation mit anderen Unternehmen, Qualifizierung und Integration von benachteiligten Zielgruppen des Arbeitsmarktes, Ausbildungsverbünde etc. können abrechenbare Beschäftigungsimpulse setzen. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Ausbildungsnotstands ist vor allem dort anzusetzen, wo die Probleme entstehen - in den Unternehmen! Die Wirtschaft darf nicht aus der Verantwortung entlassen werden - gleichzeitig gilt es für die Öffentliche Hand, geeignete Hilfen anzubieten und als Partner gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Verantwortung der Wirtschaft

4. Neue Akzente in der Wirtschaftsförderung

Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung muß mehr sein als ein kommunaler Verteilungskampf um eine Handvoll standortveränderungswilliger Unternehmen in Deutschland, bei dem sich die Wirtschaftsförderer gegenseitig zu übertrumpfen und mit ihren m² -Preisen für Gewerbeflächen zu unterbieten versuchen. Außer dem Prinzip Hoffnung bleibt eher die Ungewißheit, ob die zugesagten zusätzlichen Arbeitsplätze auch tatsächlich eingerichtet werden. Stellt man den 12.000 fehlenden Arbeitsplätzen in Hamm die jährlich durch Neuan-siedlungen geschaffenen Stellen gegenüber, läßt sich leicht ausrechnen, wie lange die arbeitslosen Menschen noch auf eine Chance zum Wiedereinstieg in ein Arbeitsverhältnis warten müssen.

Neue Arbeitsplätze durch moderne Mit- telstandsförderung

Bei der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung müssen neue Akzente gesetzt werden. Die Unterstützung der vorhandenen Unternehmen und deren Beschäftigten muß stärker in den Vordergrund gerückt werden. Es sind die kleinen und mittleren Unternehmen, die durch ihre Innovationskraft und Leistungsfähigkeit neue zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen können. Notwendig ist eine moderne Mittelstandsförderung und eine eindeutige, veränderte Schwerpunktsetzung zur Sicherung und Weiterentwicklung des örtlichen Unternehmensbestandes.

Regionale Koopera- tion gestalten!

Die gigantische Überbauung des Dortmundes Hbf als Mega-Einkaufszentrum (UFO) mit zu befürchtenden negativen Auswirkungen auf den Rest der Region verdeutlicht zutiefst, daß eine regionale Abstimmung und Kooperation in der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dringender denn je ist. Der dominierenden Rolle der Stadt Dortmund im gesamtregionalen Gefüge ist weder etwas durch lauthaltes Wehklagen der CDU über ungerechte Verteilung von Landesfördermitteln noch durch Aussitzen und Stillhalten der SPD wie beim UFO-Projekt entgegenzusetzen. Eine starke Region braucht starke und selbstbewußte Kommunen und Wirtschaftsförderungen, die Kooperationen



und gemeinsame Wege zur Bewältigung des Strukturwandels anstreben. Mit Finanzmitteln der NRW-Landesregierung konnten in Hamm zahlreiche strukturpolitisch wichtige Vorhaben wie Öko-Zentrum, Hamtec, Gewerbegebiet Radbod umgesetzt werden. Seit Jahren leistet die über Landes-EU-Mittel finanzierte arbeitsmarktpolitische Infrastruktur einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diese regionalisierte Struktur- und Arbeitsmarktpolitik muß zukünftig aktiver unterstützt und verstärkt werden. Wir brauchen eine stärkere Zusammenarbeit der Kommunen in der Region, z.B. zur Koordination der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungen, zur Entwicklung eines regionalen Einzelhandelskonzeptes, zur regionalen Abstimmung in Bereichen wie Logistik, ÖPNV und Entsorgung. Insbesondere zur Bewältigung von Unternehmenskrisen sind regionale Netzwerke zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Arbeitsplatzvermittlung aufzubauen.

***Regionalisierte
Struktur- und
Arbeitsmarktpolitik
in die Realität
umsetzen***

Um im verschärften Wettbewerb bestehen zu können, brauchen die Unternehmen kompetente Ansprechpartner und konkrete Unterstützung durch die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Viele Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, können den Anschluß an die rasanten Veränderungsprozesse kaum halten. Überkommenes Rollenverständnis und oftmals ungenügende Nutzung der Kompetenzen der MitarbeiterInnen verhindern notwendige, zukunftsorientierte betriebliche Veränderungen. Notwendig ist eine verstärkte Beratung, Begleitung und Förderung von betrieblichen Umstrukturierungsprozessen.

Unterstützung brauchen die Unternehmen bei der Entwicklung und Einführung neuer Produkte sowie bei der Orientierung und Positionierung auf den zukünftigen Märkten. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung muß Unternehmensverbände, die Entwicklung neuer Kompetenzen und regionaler Kooperationen fördern und initiieren. Technologischer Wandel, Einführung der modernen Informations- und Telekommunikationstechnologien machen Veränderungen der Arbeitsorganisation notwendig und stellen neue Anforderungen an die Qualifizierung der MitarbeiterInnen. Hier muß die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung gezielt ansetzen und mit Hilfe der Instrumente der präventiven Arbeitsmarktpolitik das betriebliche Know how und damit Arbeitsplätze sichern.

Die Förderung von Existenzgründungen kann neue zusätzliche Impulse für einen sich verändernden und erneuernden Wirtschaftsstandort Hamm geben. Angesichts des insbesondere im Handwerk bestehenden generationsbedingten Problemdrucks, einen Betriebsnachfolger zu finden und die auf großindustrielle Strukturen zurückzuführende Orientierung eines Großteils der Menschen auf abhängige Beschäftigung ist die bestehende Existenzgründungsförderung auszubauen und qualitativ zu verbessern. Neben dem High tech- orientierten Hammer Technologie-

***Existenzgründungs-
förderung verbes-
sern und bündeln***



und Gründerzentrum brauchen wir einen "Gewerbehof", der preiswerte Räumlichkeiten auch für nicht-technologieorientierte GründerInnen, HandwerkerInnen und DienstleisterInnen vorhält. Die Existenzgründungsberatung muß unter einem Dach, bei der Wirtschaftsförderung gebündelt werden.

Umweltschutzwirtschaft schafft Arbeitsplätze

Hamm könnte sich aufgrund seiner Lage am Rande des Ruhrgebiets und der optimalen Verkehrsanbindung durch Bahn, Straße und Kanal zu einem erfolgreichen Recyclingstandort entwickeln. Geeignete Flächen stehen zur Verfügung. Bereits jetzt bestehen zahlreiche unterschiedliche Recyclingansätze. Die Entwicklung von Verfahren und Anlagen kann durch ansässige, auf Umwelttechnologien spezialisierte Unternehmen erfolgen. Auf die zukünftige Novellierung des Kreislauf- und Abfallgesetzes und den zu erwartenden Wirkungen und Chancen muß sich die örtliche Wirtschaft ebenso wie die kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung schon heute einstellen. Was fehlt ist ein Konzept mittelfristiger Reichweite zur Entwicklung einer umfassenden Recyclingwirtschaft.

Ohne Konzept geht nichts

Regionale Direktvermarktung ausbauen

Mit der Wiederentdeckung und dem Ausbau der regionalen Direktvermarktung könnten sich neue Perspektiven zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Hamm und Umgebung entwickeln. Gleichzeitig kann dadurch der Umwelt- und Naturschutz erheblich verbessert werden. Die steigende Nachfrage nach gesunden und hochwertigen Nahrungsmitteln und ein gewachsenes Gesundheitsbewußtsein der Menschen eröffnen (alte) neue Wege der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Kurze Transportwege sorgen für frische Produkte mit hoher Qualität und zugleich hoher Umweltverträglichkeit.

Das ländliche, durch Wasserwege und langläufige Grünflächen geprägte attraktive Hammer Umland muß im Sinne einer nachhaltigen, ökologisch und sozial verträglichen Entwicklung ausgebaut werden. Nicht das "aus dem Boden stampfen" touristischer Highlights ist anzustreben, sondern die systematische Aufwertung und Vernetzung der Stärken von Stadt und Umland. Ein weiterer Ausbau der Radwege kann neben neuen Chancen einer sanften Entwicklung z.B. im Fahrradtourismus zugleich die Beschäftigung und damit wiederum zugleich die Integrationschancen von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen fördern.

Ländliche Potentiale touristisch nutzen

Die Einbeziehung der ländlichen Potentiale in ein umfassendes alle Handlungsfelder vernetzendes Konzept eines sanften, regional orientierten Tourismus und die Verbindung mit dem Angebot eines attraktiven modernen Gesundheitswesens kann neue Impulse setzen, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und zugleich dem Wanderungsprozeß vom Land in die Stadt begegnen.



Obwohl die meisten neuen Betriebe und Arbeitsplätze aus dem Bestand der hier lebenden Hammer BürgerInnen entstehen, ist die Schwerpunkttätigkeit der Wirtschaftsförderung auf den "großen Wurf", auf die Ansiedlung von Unternehmen von außerhalb ausgerichtet. Den wenigen tatsächlich erfolgten Ansiedlungen zum Trotz orientiert sich die große Koalition von CDU und SPD an Leitlinien, die als entscheidenden Kern die Neuausweisung eines "uneingeschränkt nutzbaren Industriestandortes mit Autobahnanschluß" in den Vordergrund rücken.

Dabei verfügt Hamm über ein erhebliches Potential sofort nutzbarer erschlossener Gewerbe- und Industrieflächen sowie weiterer kurz- und mittelfristig mobilisierbarer, im genehmigten Flächennutzungsplan ausgewiesener Reserveflächen. Entsprechend der Nachfrage nach kleinteiligen und stadtnahen Gewerbeflächen für ansässige Unternehmen stehen damit in den nächsten Jahren ausreichend Gewerbe- und Industrieflächen bereit. Statt Sonntagsreden, Streitereien um unausgereifte Ansiedlungsideen und Rettungs- und Erlösungsvisionen, daß die Ansiedlung von Großbetrieben in "uneingeschränkt nutzbaren Industrieflächen mit Autobahnanschluß" die wirtschaftlichen Probleme des Standortes Stadt Hamm lösen könne, müssen die Förderung und Entwicklung ansässiger kleiner und mittlerer Betriebe, müssen deren Sorgen, Ideen und Beschwerden stärker in den Mittelpunkt der Arbeit der Wirtschaftsförderung rücken.

Bei der zukünftigen Mobilisierung von Gewerbe- und Industrieflächen liegt für Bündnis 90/Die Grünen die oberste Priorität in der Reaktivierung der bereits vorhandenen Industriebrachen sowie die Mobilisierung bereits ausgewiesener Reserveflächen. Notwendig ist die Entwicklung eines mittel- und langfristigen ökologisch orientierten Gewerbeflächen- und Standortkonzeptes.

Mit der Öffnung des europäischen Binnenmarktes bieten sich den heimischen Unternehmen neue Chancen, sich auf neuen Märkten zu behaupten, aber auch Gefahren, im sich verschärfenden Wettbewerb nicht mehr mithalten zu können. Hier sind die Verbände und die Wirtschaftsförderung gefordert, Hilfen zu geben und die Angebote der EU zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf die lokale Ebene herunterzubrechen und zu unterstützen. Die Nutzung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen werden in diesem Zusammenhang bislang sträflich vernachlässigt. Der Aufbau und die Förderung von Kooperationen auf wirtschaftlicher Ebene wenigstens mit den Partnerstädten und deren Unternehmen muß einen höheren Stellenwert erhalten.

Förderung heimischer Unternehmen in den Mittelpunkt rücken

Oberste Priorität muß Reaktivierung vorhandener Flächen haben

Europa erfordert Kooperation



5. Aktive Beschäftigungsförderung

Gegensteuern durch aktive Arbeitsmarktpolitik

Mit rund 10.000 offiziell Arbeitslosen ist die Zahl der "Verlierer" am Wirtschaftsstandort Hamm so groß wie nie zuvor. Fast 40% der Arbeitslosen sind langzeitarbeitslos. Und das Ausmaß der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen ist in Wirklichkeit noch viel größer! Fast 1/3 der Arbeitslosen erscheint aus unterschiedlichen Gründen nicht in der offiziellen Statistik.

Dank der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der alten CDU/CSU+FDP - Bundesregierung sind immer mehr Arbeitslose zu Kostgängern beim städtischen Sozialamt geworden und sind auf Sozialhilfe angewiesen. Armut und Elend sind etwas Normales in unserem Stadtbild geworden. (natürlich nicht im Allee-Center!)

Explodierende Kosten in der Sozialhilfe stellen die kommunale Selbstverwaltung zunehmend in Frage. Ein strategisches Gegensteuern der Stadt z. B. durch aktive Arbeitsmarktpolitik ist bislang allerdings nicht eindeutig erkennbar!

Trotz des Auflegens eines von Bündnis 90/Die Grünen schon lange geforderten "Arbeitsmarktfonds" sind die beschäftigungspolitischen Aktivitäten der Stadt dem Problemdruck entsprechend unangemessen niedrig und haben leider mehr den Charme eines Feigenblatts, das aber das Ausmaß des Anstoßes in keinsten Weise zu überdecken in der Lage ist.

Die zusätzlich im städtischen Haushalt bereitgestellten Gelder für aktive Beschäftigungsförderung reichen nicht aus und ihr Einsatz ist wenig transparent.

Neue Steuerungsmodelle, die sich bis heute nur als Instrumente des Arbeitsplatzabbaus z.B. bei der Stadtverwaltung erwiesen haben, wären tatsächlich notwendig zum Erhalt der eigenen und zur Schaffung von zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten, mit denen Sozialhilfeempfänger wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden oder Ansprüche auf Leistungen des Arbeitsamtes erwerben können.

Unter den alten, von der CDU/CSU+FDP - Bundesregierung vorgegebenen Rahmenbedingungen wurden die Krisenkosten von der Bundes- und Landesebene auf die Kommunen (z.B. durch das Arbeitsförderungsreformgesetz) verlagert.

Grenzen und Chancen kommunaler Beschäftigungsförderung

Bei dem stark eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraum der Stadt kann mit den herkömmlichen Methoden der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung an der strukturellen Arbeitslosigkeit vor Ort wenig geändert werden. Eine kurzfristige Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit ist unrealistisch.

Aber gerade weil sich die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen auf der kommunalen Ebene am deutlichsten zeigen, bestehen Chancen zur Entwicklung von neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, können



lokale Akteure und Ressourcen eingebunden werden und hat die Kommune einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer Gegenstrategie zu leisten.

Aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik ist daran zu messen, wie der Handlungsspielraum der Stadt optimal genutzt wird, wie die arbeitsmarktpolitischen Ansätze innerhalb der Stadt und die bestehenden Instrumente maximal ausgeschöpft werden, wie neue, bereits bewährte Instrumente der Integration von Arbeitslosen in Arbeit aufgegriffen werden, und inwieweit die Stadt ihren eigenen Spielraum in der gezielten Verwendung der Sozialhilfe für Beschäftigungsförderung ausschöpft und ggfs. erweitert.

Andererseits sind die Grenzen der Integration von Arbeitslosen in die bestehenden Unternehmen eng gesteckt. Die extreme Ausrichtung der Unternehmen an Lean-Management und olympiareifen Belegschaften lassen unter diesen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen wenig Raum zur Reintegration jener Menschen, die gerade aus den Unternehmen ausgeschlossen wurden. Das Erschließen neuer Beschäftigungsfelder durch z.B. die Entwicklung und Einführung neuer innovativer Produkte und Verfahren scheitert nach wie vor zu oft an althergebrachten Methoden der Unternehmensführung und verkrusteten unflexiblen Managementstrukturen.

Die entscheidenden Beiträge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit im größeren Maßstab sind von der Umsetzung der Ökologisch-sozialen Steuerreform, von der Umverteilung vorhandener bezahlter Arbeit durch alle Formen flexibler Arbeitszeitverkürzung sowie von Ergebnissen eines Bündnis für Arbeit und tarifpolitischen Verhandlungen abhängig.

Um Arbeitslose tatsächlich in nennenswerter Größenordnung wieder in entlohnte Beschäftigung zu bringen bedarf es darüber hinaus eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der neue Aufgaben zwischen Markt und öffentlicher Hand erschließt und der Eigeninitiative und genossenschaftliche Ansätze unterstützt. Es bleibt die Forderung, nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Beschäftigung zu finanzieren.

Alle Handlungsspielräume nutzen

Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor notwendig



BÜNDNISGRÜNE Vorschläge und Anforderungen an eine nachhaltige, solidarisch und ökologisch ausgerichtete aktive kommunale Beschäftigungspolitik

Oberste Priorität für aktive Beschäftigungsförderung

Der aktiven Beschäftigungsförderung muß seitens der Stadt in Wort und Tat oberste Priorität eingeräumt werden. Alle vorhandenen Handlungsspielräume sind dabei offensiv zu nutzen. Bei der kommunalen Auftragsvergabe und bei Ausschreibungen muß sichergestellt werden, daß jede Möglichkeit einer Verknüpfung mit der aktiven Arbeitsmarktförderung ausgeschöpft wird.

Aktive kommunale Beschäftigungsförderung erfordert eine breit angelegte Arbeitsmarktpolitik:

- präventive Maßnahmen müssen den Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze in den Unternehmen sichern, als Bestandteil der Wirtschaftsförderung die Bestandsentwicklung fördern und die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten qualifizieren.
- aktive Arbeitsmarktpolitik erfordert Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, die eine hohe Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt bieten, direkte Integrationshilfen, wie z.B. Lohnkostenzuschüsse, und die Schaffung von zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.
- mit integrierten Maßnahmen soll eine Verzahnung mit anderen Politikfeldern erreicht werden, sollen neue und zusätzliche Beschäftigungsbereiche und Einsatzfelder für Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen erschlossen und Synergieeffekte erzielt werden (z.B. Radwegebau, Reaktivierung von Industriebrachen, Recycling, Wohnungsbau, Stadterneuerung ...).
- ökologisch und sozial orientierte Maßnahmen forcieren den längst überfälligen ökologischen Umbau, fördern die Entwicklung neuer innovativer Produkte und Verfahren sowie umweltgerechtes und ressourcenschonendes Wirtschaften. Sie erschließen zusätzliche Beschäftigungsfelder in Wirtschaft und Gesellschaft. Für die besonders betroffene Menschen dienen Maßnahmen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als Brücke zum Arbeitsmarkt.
- stadtteilorientierte Projekte knüpfen an die Bedarfe im Wohn- und Lebensbereich an, stärken die Identifikation der TeilnehmerInnen mit den Maßnahmezielen und vermindern die wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung. Notwendig ist eine verstärkte Unterstützung von und eine engere Verbindung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen mit Selbsthilfeprojekten.

Die aktive Beschäftigungsförderung für Sozialhilfeempfänger mit Hilfe des Arbeitsmarktfonds muß weiter ausgebaut werden. Finanziert



werden müssen daraus zusätzliche Orientierungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sowie die zur Umsetzung erforderlichen Personal- und Sachkosten. Die zunächst zusätzliche Belastung des städtischen Haushalts wird durch Einsparungen aufgrund des Herausfallens der Personen aus der Sozialhilfe mittelfristig mehr als ausgeglichen.

Allen AntragstellerInnen auf Sozialhilfe ist die Möglichkeit einer Teilnahme an Orientierungsmaßnahmen bei verschiedenen Weiterbildungsträgern anzubieten.

Bereits laufende bewährte Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen mit hohen Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt sind fortzuführen und entsprechende zusätzliche Maßnahmen einzurichten. Die Kosten dieser arbeitsmarktpolitisch besonders erfolgreichen Maßnahmen für SozialhilfeempfängerInnen sind ebenfalls aus dem Arbeitsmarktfonds zu finanzieren.

Die bereits bestehenden Stellen "Arbeit statt Sozialhilfe" sind auf zunächst 200 Stellen zu erweitern. Die erforderlichen Einsatz- und Beschäftigungsfelder sind auch in Kooperation mit der lokalen Wirtschaft zu entwickeln.

Die Umsetzung des Arbeitsmarktfonds obliegt der kommunalen Arbeitsmarktförderung in enger Kooperation mit der Verwaltung und dem Arbeitsamt. Die Entwicklung geeigneter arbeitsmarktpolitisch relevanter Maßnahmen muß in Abstimmung mit den relevanten Akteuren und in Anlehnung an das bestehende Abstimmungsgremium ESF-Konferenzrunde erfolgen. Über die Verwendung und Kontrolle der Mittel ist mehr Transparenz herzustellen. Erforderlich ist die Einberufung einer Trägerkonferenz aller arbeitsmarktpolitisch Handelnden in Hamm.

Mit einem dezentral angelegten Förderansatz gilt es eine flexible und engagierte Trägerlandschaft in Hamm aufzubauen, die in der Lage ist, innovative Maßnahmen in neuen zusätzlichen Beschäftigungsfeldern zu schaffen.

Die Aktivitäten der stadt eigenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Radbod dürfen nicht in Konkurrenz zu bestehenden Weiterbildungs- und Beschäftigungsträgern stehen. Sie sollen sich ausschließlich auf das Schließen von Maßnahmelücken konzentrieren. Die freihändige Vergabe kommunaler Aufträge ausschließlich an die Beschäftigungsgesellschaft bzw. eine Monopolstellung lehnen wir ab. Notwendig ist dagegen eine stärkere Unterstützung der vorhandenen Weiterbildungs- und Beschäftigungsträger bei der Projektentwicklung und Mitteleinwerbung.

Die individuelle Berufswegeberatung soll allen Sozialhilfebeziehenden angeboten, und trägerunabhängig und dezentral, z.B. im Stadtteilzentrum Hamm Nord und im Sozialbüro Hamm West, angesiedelt werden.

**Arbeitsmarktfonds
erweitern**

**Einbeziehung aller
Akteure durch Trägerkonferenz**

Vielfalt der Bildungsträger fördern



Mittel- und langfristig ist ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor aufzubauen, da die Integration von SozialhilfeempfängerInnen in Unternehmen begrenzt ist.

Beitrag der Wirtschaft

Der Ausgrenzung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern muß dort begegnet werden wo sie verursacht wird - in den Unternehmen. Neben einem engagierterem Beitrag der Kommune sind in einem kommunalen Bündnis für Arbeit und Ausbildung auch von Seiten der lokalen Wirtschaft adäquate Beiträge zur Beschäftigungsförderung einzufordern.

Beschäftigungspolitik und Frauenförderung

Aktive Beschäftigungspolitik muß stärker als bisher auf Frauen gerichtet sein. Mit einem Anteil von über 40% an den Arbeitslosen sind Frauen überproportional von der Krise auf dem Arbeitsmarkt betroffen. Neben erforderlichen gesetzlichen Neuregelungen auf bundesstaatlicher Ebene, z.B. in der Tarifpolitik, Steuerpolitik, der Arbeitszeitpolitik, und Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit für Frauen und Männer sind die kommunalen Handlungsspielräume in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik auszuschöpfen.

Handlungsfelder und Zielsetzungen sind:

- Bei arbeitsmarktpolitischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sind Frauen gemäß ihrem Anteil an den Erwerbslosen zu beteiligen. Hierzu müssen die Rahmenbedingungen familienverträglich gestaltet werden.
- Die vorhandenen Programme und Instrumente kommunaler Beschäftigungsförderung sind auf ihre Wirksamkeit zur Frauenförderung zu überprüfen. Zum quantitativen und qualitativen Controlling ist ein "gleichstellungspolitisches Rechnungswesen" zu entwickeln.
- Die betriebsbezogene Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung muß die betriebliche Frauenförderung durch Beratung zu Arbeitszeitmodellen und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen und begleiten. Die Arbeit der Kommunalstelle Frau und Beruf soll in diesem Sinne ausgebaut und unterstützt werden.
- Betriebsbezogene Beschäftigungsprogramme (z.B. Lohnkostenzuschüsse) sind zu quotieren.
- Die Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Altersgruppen ist flächendeckend sicherzustellen.

Neue Arbeitsfelder z.B. in den neuen Technologien und im Multimedia-Bereich müssen für Hamm erschlossen und in diesen entwicklungs-fähigen Bereichen tätige Betriebe angesiedelt werden. Der qualifizierte Dienstleistungsbereich bietet Beschäftigungsperspektiven für Frauen und Männer. Auch in der Ansiedlungspolitik sind die Rahmenbedingungen unter gleichstellungspolitischen Zielsetzungen zu überprüfen. So ist beispielsweise die Erreichbarkeit einer Arbeitsstelle - auch ohne Auto - nicht nur für viele arbeitslose Frauen, sondern insgesamt für Erwerbslose eine wichtige Voraussetzung zur Integration in das Arbeitsleben.

